



Der Landesschülerbeirat



Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband
Baden-Württemberg



ARGE Tübingen

Gemeinsame Stellungnahme zur Oberstufenreform

Geographie und Gemeinschaftskunde in der Kursstufe der allgemein bildenden Gymnasien in Baden-Württemberg

15. Februar 2019

Gemeinsame Forderungen	Seite 1
Stellungnahme des Verbands Deutscher Schulgeographen e.V., Landesverband Baden-Württemberg	Seite 2 - 3
Stellungnahme der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V., Landesverband Baden-Württemberg	Seite 4 - 5
Stellungnahme des Landesschülerbeirates Baden-Württemberg	Seite 6 - 7
Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft gymnasialer Elternbeiräte im Regierungsbezirk Tübingen	Seite 8 - 9
Stellungnahme der Fachgruppe Gymnasien der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg	Seite 10 - 11

Informationen zur Stellungnahme im Internet unter: <https://www.dvpb-bw.de/>

Ansprechpartner bei Fragen zur gemeinsamen Stellungnahme:

Dr. Martin Lindeboom, E-Mail: lindeboom@dvpb-bw.de



Der Landesschülerbeirat

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband
Baden-Württemberg



ARGE Tübingen

Gemeinsame Stellungnahme zur Oberstufenreform Geographie und Gemeinschaftskunde in der Kursstufe der allgemein bildenden Gymnasien in Baden-Württemberg

Die für die Kursstufe des allgemein bildenden Gymnasiums ab 2019/20 geplanten Änderungen („Neue Oberstufe 21“) führen zu einer weiteren Schwächung der Fächer Geographie und Gemeinschaftskunde, d.h. gerade jener Schulfächer, die die Basis für das Grundverständnis unserer Gesellschaft, unseres Staates und der hochkomplexen Probleme des 21. Jahrhunderts bilden. Die deutliche Bevorzugung der mathematisch-naturwissenschaftlichen und sprachlichen Fächer in der neuen Oberstufe lehnen wir aus sachlogischen Gründen ab.

- Wir fordern einen durchgehend zweistündigen Unterricht in den Basisfächern Geographie und Gemeinschaftskunde sowie eigenständige mündliche Abiturprüfungen.
- Bei der Wahl der fünfstündigen Leistungskurse empfehlen wir nachdrücklich eine Gleichbehandlung der gesellschaftswissenschaftlichen Schulfächer mit den Fremdsprachen und Naturwissenschaften.
- Darüber hinaus empfehlen wir eine ernsthafte Beteiligung von Fachverbänden, Schüler/innen und Eltern an ergebnisoffenen Diskussionen über Korrekturen an der „Neuen Oberstufe 21“.

15. Februar 2019

Thomas Rosenthal	Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg im Verband Deutscher Schulgeographen e.V.
Dr. Alexander Wohnig	Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V.
Leandro Cerqueira Karst	Vorsitzender des Landesschülerbeirates Baden-Württemberg
Stephan Ertle	Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft gymnasialer Elternbeiräte im Regierungsbezirk Tübingen
Doro Moritz	Landesvorsitzende der GEW Baden Württemberg
Jürgen Stahl	Vorsitzender der Fachgruppe Gymnasien der GEW Baden-Württemberg

Informationen zur Stellungnahme im Internet unter: <https://www.dvpb-bw.de/>

Ansprechpartner bei Fragen zur gemeinsamen Stellungnahme:

Dr. Martin Lindeboom, E-Mail: lindeboom@dvpb-bw.de



Zur Bedeutung des Schulfaches Geographie angesichts der Herausforderungen im 21. Jahrhundert

Seite 1 von 2

Fast täglich tauchen Themen wie Klimawandel, Migration und globale Handelsstreitigkeiten in den Medienberichten auf und bestimmen damit unsere Lebenswelt. Dies führt automatisch zu der Frage, wie junge Gymnasiastinnen und Gymnasiasten in der Schule die Kompetenzen für den unerschrockenen Umgang mit solch komplexen Herausforderungen erlangen sollen.

Einen elementaren Beitrag vermag an dieser Stelle die Geographie zu leisten. Die Geographie gehört zu den klassischen Wissenschaften und beschäftigt sich integrativ mit der Struktur und Entwicklung der Erde, sowohl in ihrer physischen Beschaffenheit wie auch als Lebens- und Wirtschaftsraum des Menschen. Damit befindet sich die Geographie genau an der Schnittstelle zwischen den Naturwissenschaften und den Gesellschaftswissenschaften. Aufgrund dieser Ausrichtung als Brückenfach behandelt alleine die Geographie die zentralen aktuellen und unsere Zukunft bestimmenden Handlungs- und Aktionsfelder in ihrer Gesamtheit. Die Geographie liefert folglich durch ihren integrativen Ansatz einen ganz entscheidenden Beitrag für das Verständnis der globalen Herausforderungen unserer Zeit.

Bereits die Griechen hatten vor über 2500 Jahren großes Interesse an der Erde und zeichneten Karten, auf denen Landflächen und Meere dargestellt waren. Genannt haben sie dies „geographia“, „Erdbeschreibung“. Daraus leiten sich die Fachwissenschaft und das Schulfach Geographie ab. Die Geographie hat sich allerdings im Laufe der Zeit weiterentwickelt. Längst geht es nicht mehr um „Stadt, Land, Fluss“, sondern um das System „Raum-Umwelt-Mensch“. Zentrales Thema der Geographie sind die teilweise hoch komplexen Wechselwirkungen zwischen den Menschen und Prozessen auf der Erdoberfläche, betrachtet auf der Grundlage fundierter Geodaten.

Der Geographieunterricht ermöglicht aber nicht nur Einsichten in wichtige Wechselbeziehungen (z. B. im Kontext der Klimaveränderung), sondern er entwickelt auch Verantwortungsbewusstsein im Umgang mit natürlichen Lebensgrundlagen (z. B. nachhaltige Nutzung von Ressourcen, schonender Umgang mit der Natur) und gibt Einblicke sowohl in bekannte als auch in fremde Lebensweisen (z. B. Leben in verschiedenen Klima- und Kulturzonen der Erde). Darauf aufbauend ermöglicht der Geographieunterricht das in der heutigen Zeit so wichtige Verständnis für weltweite Verflechtungen (z. B. Globalisierung und weltweite Handelsströme). An lokalen, regionalen und globalen Raumbeispielen lernen die Schülerinnen und Schüler über das System „Raum-Umwelt-Mensch“ vernetztes Denken. Somit lernen sie auch die eingangs genannten Herausforderungen zu verstehen, zu analysieren und verantwortungsvoll Lösungsansätze zu entwickeln.



Zur Bedeutung des Schulfaches Geographie angesichts der Herausforderungen im 21. Jahrhundert

Seite 2 von 2

Entscheidend für die Menschheit ist heute die Frage, wie wir mit unserer Erde umgehen, ob wir sie nachhaltig nutzen und gestalten. Ganz bewusst findet sich daher im aktuellen Bildungsplan die überfachliche Leitperspektive „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Bildung für nachhaltige Entwicklung verlangt die Kompetenz des systemischen Denkens, den Umgang mit Komplexität, das vorausschauende Denken, die Entwicklung von Empathie sowie die integrative Analyse von überfachlichen Zusammenhängen. Unter allen Schulfächern leistet die Geographie aufgrund der integrativen Konzeption des Faches den größten Beitrag, diese Kompetenzen im Sinne problemlösungs- und handlungsorientierter Unterrichtsansätze bei den Schülerinnen und Schülern zu entwickeln. Die Geographie trägt damit im schulischen Kontext entscheidend zur Verankerung einer nachhaltigen Entwicklung in unserer Gesellschaft bei.

Die Unterrichtsziele werden wie in keinem anderen Fach mit Hilfe digitaler Medien verfolgt. Vor allem die Nutzung von Luft- und Satellitenbildern oder die Verwendung digitaler Karten und weiterer Geodaten ist inzwischen nicht nur im privaten Umfeld der Schülerinnen und Schüler alltäglich geworden und hat die Raumwahrnehmung verändert. Geographische Informationssysteme und Programme zur Analyse von Fernerkundungsdaten, beides auch webbasiert, positionieren die Geographie mit an die Spitze der von Digitalisierungsinitiativen angestrebten Ziele.

Fake News und nationalistische Strömungen scheinen aktuell immer mehr voranzuschreiten. Umso wichtiger ist eine solide, auf Weltoffenheit ausgerichtete Allgemeinbildung der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, um die wahren Zusammenhänge und Herausforderungen unserer Zeit zu begreifen. Dies kann nur gelingen, wenn die Geographie die nötige Beachtung und Stellung unter den Fächern am Gymnasium erfährt.

Der **Verband der Schulgeographen, Landesverband Baden-Württemberg e.V.**, vertritt die Interessen der Geographielehrerinnen und -lehrer an Gymnasien und Realschulen. Wir setzen uns für ein eigenständiges Fach Geographie in der Sekundarstufe I und in der Sekundarstufe II ein. Die wiederholten Stundenkürzungen in den letzten Jahren lehnen wir nach wie vor ab und fordern Geographie als Unterrichtsfach im Umfang von zwei Stunden durchgehend ab der 5. Klassenstufe. Neben Wettbewerben organisieren wir jährliche Fortbildungen und veröffentlichen Vielfältiges rund um unser Fach in der dreimal jährlich erscheinenden "Schulgeographie". Mehr Informationen unter:

<http://www.schulgeographie-bw.de/>

Das Schulfach Gemeinschaftskunde: Politische Bildung mit Verfassungsrang



Seite 1 von 2

Die Landesregierung Baden-Württemberg hat am 10.10.2017 eine "Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung" beschlossen. Mit dieser Neuausrichtung ist eine "Stärkung der Naturwissenschaften" verbunden. Begründet wird dies mit einer verbesserten Vorbereitung auf das Studium bzw. die berufliche Ausbildung und der Sicherstellung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg. Die neuen Regeln gelten erstmals für den Abiturjahrgang 2021 (Kursstufeneintritt: September 2019).

Die angebliche Weiterentwicklung der Oberstufe ist aus Sicht der politischen Bildung höchst kritikwürdig. Dadurch wird das für die politische Bildung zentrale Unterrichtsfach Gemeinschaftskunde - nach der Kürzung in der Sekundarstufe I - noch weiter geschwächt. In Zeiten gesellschaftlicher Polarisierungen und bedeutender globaler Krisen erscheint diese Schwächung besonders fatal, sollte politische Bildung als Demokratiebildung doch grundsätzlich aus- und nicht abgebaut werden.

Die Regierungspräsidien in Baden-Württemberg betonen (noch) sehr richtig, dass Schüler/innen in der Schule dazu befähigt werden müssen, "Einsichten in politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und rechtliche Zusammenhänge zu gewinnen". Daher genieße das Fach "als einziges Schulfach in Baden-Württemberg Verfassungsrang und leistet einen wichtigen Beitrag zur Werteerziehung und normativen Orientierung und schafft auf der Grundlage solider Kenntnisse die Voraussetzungen für eine aktive Teilnahme am politischen Geschehen."¹

Diesen "wichtigen Beitrag" kann das Fach Gemeinschaftskunde weder in der Sekundarstufe I, mit insgesamt nur vier Jahreskontingentstunden, noch in der Kursstufe leisten. Zwei Pflichtwochenstunden im ersten Halbjahr und zwei im zeitlich deutlich kürzeren vierten Halbjahr der Kursstufe reichen für dieses anspruchsvolle Ziel nicht aus. Leider hat sich die Landesregierung weder bei der Bildungsplanreform 2016 noch bei der Oberstufenreform 2019 an den Zielvorstellungen der vier Regierungspräsidien für das Schulfach Gemeinschaftskunde orientiert.

Wenn Schüler/innen in Zukunft einen Leistungskurs Gemeinschaftskunde (oder Geographie) wählen, ist dies automatisch, bedingt durch die dreistündigen Basisfächer, mit einer erhöhten durchschnittlichen Wochenstundenzahl verbunden: mindestens 33 Wochenstunden pro Halbjahr statt mindestens 32 Wochenstunden bei einer Wahl von drei Leistungskursen aus den Fächern Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen und Naturwissenschaften.

1 Regierungspräsidien Baden-Württemberg: Gemeinschaftskunde. Das Fach mit Verfassungsrang. Im Internet unter: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Bildung/Lehrer/Unterricht/Faecher/Seiten/Gemeinschaftskunde.aspx>, zuletzt gesehen am 1. Februar 2019.



Zentrale Forderungen der DVPB²

Um den in den Schulgesetzen der Bundesländer verankerten Demokratie-Auftrag von Schule zu erfüllen, fordert die DVPB:

- (1) Sicherzustellen, dass Politische Bildung ab der fünften Jahrgangsstufe in allen Schulen im Umfang von mindestens zwei Wochenstunden unterrichtet wird.
- (2) Auf Ebene der Lehrpläne zu gewährleisten, dass dabei politische, ökonomische, kulturelle und soziale Konflikte aufgegriffen, aufeinander bezogen und im Lichte demokratischer Werte diskutiert werden.

Die DVPB Baden-Württemberg verweist nachdrücklich auf die Wichtigkeit politischer Bildung. Es zeigt sich allgemein, dass in Baden-Württemberg, aber auch bundesweit, schon in der Sekundarstufe I zu wenig politische Bildung stattfindet. In Baden-Württemberg sind es im Schnitt weniger als 2,5% der Gesamtstudenten im Gymnasium.

Eine aktuelle Studie der Universität Bielefeld für Nordrhein-Westfalen zeigt, dass im engeren Sinne politische Themen auch in den Ländern, die im Bundesranking recht gut abschneiden, in den Kernlehrplänen eher schwach verankert sein können. Das gilt insbesondere im Vergleich zu wirtschaftlichen Themen. So setzen sich laut Lehrplan nordrhein-westfälische Gymnasialschüler/innen nur 17 Minuten pro Woche mit politischen Themen auseinander, in anderen Schulformen sieht es kaum besser aus (vgl. Gökbudak/Hedtke 2017, 13 ff.³). Ähnliches ist für Baden-Württemberg zu konstatieren.

Der **Landesverband Baden-Württemberg der DVPB** ist ein überparteilicher und unabhängiger Zusammenschluss von Menschen, die sich in der Politischen Bildung in Schule, Hochschule sowie der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung engagieren. In Baden-Württemberg kooperiert der Landesverband mit dem Südwestdeutschen Lehrerinnen- und Lehrerverband für historische, politische und ökonomische Bildung e.V.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter: <https://www.dvpb-bw.de/>

- 2 Appell der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) vom 31.01.2018: Demokratie-Auftrag von Schule erfüllen, Politische Bildung stärken!
<http://dvpb.de/wp-content/uploads/2018/01/d735e1efbb8eda503c44356c1a894035.pdf>, zuletzt gesehen am 3.2.2019.
- 3 Gökbudak, Mahir / Hedtke, Reinhold (2017): 17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit. Daten zum Politikunterricht in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Working Paper No. 6 der Didaktik der Sozialwissenschaften. Bielefeld: Universität Bielefeld.
https://pub.uni-bielefeld.de/download/2915174/2932564/G%C3%B6kbudak_Hedtke_WP%20-%202017%20Minuten.pdf, zuletzt gesehen am 3.2.2019.



Der Landesschülerbeirat Baden-Württemberg

Zur besonderen Bedeutung der gesellschaftswissenschaftlichen Schulfächer

Seite 1 von 2

Die allgemeinbildenden Gymnasien verzeichnen in den letzten Jahren einen verstärkten Zulauf. Sie bilden damit eine tragende Säule in der baden-württembergischen Bildungslandschaft, deren hohe Qualität gewahrt werden muss. Darüber hinaus muss das Ziel zur Erlangung einer breiten Allgemeinbildung stetig gestärkt werden - die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer dürfen hierbei nicht ausgeschlossen werden.

Gesellschaftswissenschaftliche Bildung wird in unserer Zeit immer wichtiger, weshalb der Landesschülerbeirat sich dafür ausspricht, dass diese auch am allgemeinbildenden Gymnasium endlich stärker in den Fokus gerückt wird. Schülerinnen und Schüler müssen die Möglichkeit erhalten, ihren eigenen Interessen und Fähigkeiten nachzukommen.

Nach Ansicht der offiziellen Vertretung aller 1,5 Millionen baden-württembergischen Schülerinnen und Schüler ist man das Thema Individualisierung falsch angegangen. „Anstatt den Schülern eine echte Vertiefung in alle Fächerrichtungen zu ermöglichen, hat man lediglich die bisherigen Vertiefungsmöglichkeiten weiter ausgebaut und gestärkt“, kritisiert der Vorsitzende Leandro Cerqueira Karst.

Wie bisher können die Schülerinnen und Schüler zwei Fremdsprachen und Naturwissenschaften auf erhöhtem Niveau wählen, allerdings weiterhin keine zwei Gesellschaftswissenschaften. Während die Naturwissenschaften ab dem Schuljahr 2019/2020 sogar dreistündig unterrichtet werden, soll es in Gemeinschaftskunde und Erdkunde bei einer Wochenstunde bleiben. Damit sei die von Schülerseite lang erhoffte und geforderte Stärkung der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer erneut ausgeblieben.

Laut LSBR werden Schülerinnen und Schüler mit Interessen und Begabungen außerhalb der Fremdsprachen und Naturwissenschaften weiter benachteiligt. „Gerade in diesen politisch so unruhigen Zeiten muss diese ständige Diskriminierung der Gesellschaftswissenschaften aufhören und alle Fächer müssen endlich gleichgestellt werden!“, so Leandro Cerqueira Karst weiter.



Der Landesschülerbeirat Baden-Württemberg

Zur besonderen Bedeutung der gesellschaftswissenschaftlichen Schulfächer

Seite 2 von 2

Schülerinnen und Schüler, die Geographie oder Gemeinschaftskunde als mündliches Prüfungsfach wählen möchten, werden durch die Neuregelung gezwungen, in beiden Fächern geprüft zu werden. Der LSBR fordert hier im Interesse der zukünftigen Abiturientinnen und Abiturienten die Möglichkeit, die genannten Fächer separat zu prüfen.

Darüber hinaus sollten Schulen aus Sicht des Landesschülerbeirats ein fächerübergreifendes Profil im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich wählen können – ähnlich dem Fach Informatik, Mathematik und Physik (IMP).

Hintergrundinformation zum Landesschülerbeirat Baden-Württemberg

Als offizielles Beratungsgremium des Kulturministeriums und demokratisch legitimierte Vertretung von 1,5 Millionen Schülerinnen und Schülern in Baden-Württemberg wird der Landesschülerbeirat in alle Entscheidungen der Bildungspolitik einbezogen. Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und Gesetzesvorlagen werden im Gremium beraten und in Form einer Stellungnahme an das Kultusministerium und die Ministerin versandt. Außerdem arbeitet der Landesschülerbeirat an verschiedenen schülerbezogenen Themen wie Nachhaltigkeit, Schülerbeteiligung, Inklusion, Integration, Berufsorientierung, Medien, Musik und vielem mehr. Als demokratisch legitimierte Vertretung der Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg ist der Landesschülerbeirat kontinuierlich in Kontakt mit der Kultusministerin und Landtagsabgeordneten sowie anderen Akteuren der Bildungspolitik.

Weitere Informationen zum Landesschülerbeirat Baden-Württemberg finden Sie im Internet unter: <https://www.lsbr.de/>

ARGE Tübingen

Arbeitsgemeinschaft gymnasialer Elternbeiräte
im Regierungsbezirk Tübingen

Die "Neue Oberstufe 21": Diskriminierung der Schulfächer Gemeinschaftskunde und Geographie

Seite 1 von 2

Artikel 21 der Landesverfassung Baden-Württembergs lautet:

- (1) Die Jugend ist in den Schulen zu freien und verantwortungsfreudigen Bürgern zu erziehen und an der Gestaltung des Schullebens zu beteiligen.
- (2) In allen Schulen ist Gemeinschaftskunde ordentliches Lehrfach.

Ein wesentliches Ziel schulischer Bildung ist es, junge Menschen zu einem selbstbestimmten Leben in unserer Gesellschaft und zur aktiven Mitgestaltung unserer Demokratie zu befähigen. Das in der Landesverfassung stehende Schulfach Gemeinschaftskunde besitzt in dieser Hinsicht einen besonderen Stellenwert.

Auf die Bedeutung des Faches Gemeinschaftskunde für die politische, ökonomische, gesellschaftliche und rechtliche Bildung der Schüler/innen wurde weder bei der Bildungsplanreform 2016 noch bei der Oberstufenreform 2019 Rücksicht genommen. Beide Reformen schwächen das Ankerfach der Demokratiebildung nachhaltig.

Nachhaltige Entwicklung

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Lebensqualität der gegenwärtigen Generation sichert und gleichzeitig zukünftigen Generationen die Wahlmöglichkeit zur Gestaltung ihres Lebens erhält.“⁴

Die Vereinten Nationen haben 2015 Ziele nachhaltiger Entwicklung verabschiedet und dabei auch die besondere Rolle der diesbezüglichen schulischen Bildung betont. Die mit der Bildungsplanreform 2016 verabschiedete Leitperspektive "Bildung für nachhaltige Entwicklung" (BNE) beinhaltet nicht nur bekannte Nachhaltigkeitsthemen, wie zum Beispiel Biodiversität und Klimaschutz, sondern auch die Entwicklung von vernetztem Denken bei hochkomplexen globalen Problemen, die sich nur gemeinsam, d.h. durch zielführende Aktivitäten der internationalen Staatengemeinschaft, lösen lassen. Die Schüler/innen sollen globale Zusammenhänge und komplexe Beziehungsgefüge analysieren und verstehen. Das interdisziplinäre Schulfach Geographie eignet sich in hervorragender Weise als zentrales Ankerfach für BNE. Unverständlicherweise wurde gerade das Schulfach Geographie durch die Bildungsplanreform 2016 um zwei Jahreswochenstunden in der Sekundarstufe I gekürzt. Durch die Oberstufenreform wird es jetzt weiter geschwächt und kann, genauso wie Gemeinschaftskunde, in Zukunft nicht mehr als eigenständiges mündliches Prüfungsfach gewählt werden.

⁴ Definition von nachhaltiger Entwicklung aus dem Brundtland-Bericht 1987: Our Common Future. <http://www.un-documents.net/wced-ocf.htm>, zuletzt gesehen am 12.2.2019.

ARGE Tübingen

Arbeitsgemeinschaft gymnasialer Elternbeiräte
im Regierungsbezirk Tübingen

Die “Neue Oberstufe 21“: Diskriminierung der Schulfächer Gemeinschaftskunde und Geographie

Seite 2 von 2

Eine den Anforderungen und Bedürfnissen der Schüler/innen gerecht werdende Oberstufe sollte hinreichend viele Handlungs- und Gestaltungsspielräume aufweisen. Nur so können die Lehrer/innen den Unterricht bestmöglich gestalten und nur so können die Schüler/innen die Leistungs- und Basiskurse entsprechend ihrer Stärken, Interessen, Talente und Bedürfnisse zusammenstellen und sich optimal entwickeln. Die einseitige Bevorzugung der Sprachen und der MINT-Fächer bei der Wahl der Leistungskurse wird diesem Bildungsziel nicht gerecht. Was dies betrifft, fordern wir die Gleichstellung der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer mit den Fremdsprachen und Naturwissenschaften.

Die Rahmenbedingungen der “Neuen Oberstufe 21“ diskriminieren alle Schüler/innen, die sich für gesellschaftswissenschaftliche Fächer interessieren. In Zeiten eines beschleunigten technischen und gesellschaftlichen Wandels, globaler Umweltkrisen und erodierender Demokratien fehlt eine nachvollziehbare Erklärung für die fehlende Möglichkeit durchgängiger Basiskurse in den zukunftsorientierten Fächern Gemeinschaftskunde und Geographie. Wir fordern die Einführung durchgängiger Basiskurse in diesen Fächern.

Die sogenannte Kombinationsprüfung, d.h. eine gemeinsame mündliche Abiturprüfung in Gemeinschaftskunde und Geographie, lehnen wir ab: Es gibt kein nachvollziehbares Sachargument, um den Gymnasialschüler/innen in Baden-Württemberg eine mündliche Prüfung in einem der beiden Fächer Gemeinschaftskunde oder Geographie zu verwehren.

Die **ARGE Tübingen** ist die Interessengemeinschaft der Elternbeiratsvorsitzenden und Stellvertreter/innen an Gymnasien im Regierungsbezirk Tübingen. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Information der Elternvertreter/innen über gymnasiale Themen sowie der Diskussion der schulischen Rahmenbedingungen und der Weiterentwicklung des Gymnasiums in Baden-Württemberg.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter: <https://www.arge-tuebingen.de/>

// Landesfachgruppe Gymnasien //

GEW-Stellungnahme zum Stellenwert der Fächer Geographie und Gemeinschaftskunde bei der Oberstufenreform 2019/2020

Die GEW kritisiert den geringen Stellenwert der Fächer Geographie und Gemeinschaftskunde sowohl aus ihrer gewerkschaftlichen Grundüberzeugung heraus als auch im Blick auf die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen.

Die GEW kämpft seit Jahren für eine Stärkung der Friedensbildung an den Schulen. Im Kern geht es hier darum, Schülerinnen und Schülern auf der Grundlage von Forschungsergebnissen der Friedens- und Konfliktforschung Methoden an die Hand zu geben, mit denen sie Ursachen von Friedlosigkeit auf allen gesellschaftlichen Ebenen entschlüsseln können. Die Gemeinschaftskunde muss dafür die Funktion eines Ankerfachs übernehmen. Auch dem konstitutiv international ausgerichteten Fach Geographie kommt hier eine wichtige Bedeutung zu.

In Zeiten, in denen das Vertrauen gerade der Jugend in die Fähigkeit der politisch Verantwortlichen sinkt, die epochalen Krisen und Herausforderungen zu lösen, kommt dem Fach Geographie eine zentrale Rolle zu. Die unterrichtliche Bearbeitung von Fragen des Klimaschutzes und des Klimawandels, der Sauberkeit der Meere, der weiterhin sehr großen Disparität zwischen „armen“ und „reichen“ Ländern, der weltweiten Verflechtung des globalen Handels erfordert unabdingbar, den Schülerinnen und Schülern sowohl naturwissenschaftliche als auch sozial- und wirtschafts-wissenschaftliche Kenntnisse zu vermitteln. Die Geographie vermag einen wesentlichen Beitrag zur Vermittlung von Kompetenzen zu leisten, die jungen Menschen Orientierung in komplexen Weltfragen geben können. Diesem Anspruch kann die Geographie nach den Kürzungen in der Sekundarstufe I und mit einem Pflichtumfang von nur einer Deputatsstunde in der Kursstufe nicht gerecht werden.

Darüber hinaus setzt sich die GEW vehement für eine Stärkung der Demokratiebildung ein. Eine solche Stärkung empfiehlt sich zunächst im Blick auf das kommunale Wahlrecht ab 16. Es erscheint geradezu paradox, Jugendlichen ein Wahlrecht zuzuerkennen und diesem gleichzeitig durch eine durchgängige Marginalisierung der Politischen Bildung eine politische Ertüchtigung zu verweigern. Beispielsweise kann im Schuljahr 2018/2019 die Kommunalwahl im ersten Jahrgang der Kursstufe nicht behandelt werden, weil der dafür geeignete Unterricht nach dem ersten Halbjahr schon endet.

Vor dem Hintergrund des Aufstiegs autoritärer nationalistischer Strömungen weltweit und bei uns in Deutschland müssen Schülerinnen und Schüler vor allem in der gymnasialen Oberstufe in die Lage versetzt werden, populistische Argumentationsweisen zu erkennen und damit kritisch umzugehen. Zuletzt sorgte die AfD mit der Behauptung für Aufsehen, die politische Neutralität der Schule verbiete es Lehrkräften, Kritik an AfD-Positionen zu formulieren. Dies ist eine irreführende Behauptung. Der Beutelsbacher Konsens der Politischen Bildung verlangt eine kontroverse Darstellung wissenschaftlicher und gesellschaftlicher kontroverser Positionen. Auch die Positionen der AfD dürfen und müssen in eine solche kontroverse und kritische Auseinandersetzung einbezogen werden. Der wissenschaftliche und didaktische Anspruch an einen überwältigungsfreien Umgang mit kontroversen und konfligierenden Positionen macht deutlich, wie wichtig ein quantitativ ausreichend und qualitativ professionell ausgelegter Unterricht zumal für die gymnasiale Oberstufe ist.

Politische und geographische Bildung sind zentrale Bestandteile des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfelds der gymnasialen Oberstufe und müssen im Sinne des allgemeinbildenden Anspruchs des Abiturs unbedingt gestärkt werden.

Stuttgart im Februar 2019



Doro Moritz,
Landesvorsitzende



Jürgen Stahl,
Vorsitzender Landesfachgruppe Gymnasien